

## Niederschrift

**über die 16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am Mittwoch, 27.09.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Herr Rainer Schlottmann CDU

### Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang CDU

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Ramon Ludwig Kimmel CDU

Herr Carsten Wannhof SPD

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

Frau Annegret Gronemeyer Bündnis 90/Die Grünen

Herr Thomas Remih FDP

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen Vertretung für Herrn Peter Münnich

Herr Hamza El Halimi SPD

Frau Anne Kathrin Stroth SPD Vertretung für Herrn Dominik Stöter

### Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Rohde SPD

Herr Ulrich Obels BÜRGERAKTION

Herr Axel Behner Allianz für Hilden

### Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer Bürgermeister

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel Stadt Hilden

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Susanne Enke Stadt Hilden

Frau Andrea Förster Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Herr Martin Widersprecher Leiter des Amtes für Finanzservice

### Ämter

Frau Christine Kaiser Beratungs- und Prüfungsamt

### Ratsmitglieder

Herr Dominik Stöter SPD

Herr Peter Münnich Bündnis 90/Die Grünen

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen  
(Stand August 2023)  
**WP 20-25 SV 20/139**
- 3 Anfrage des Kreises Mettmann:  
Kostenübernahme für On-Demand-Verkehre  
**WP 20-25 SV 61/133**
- 4 Anfrage des Kreises Mettmann:  
Kostenübernahme für Leistungsausweitungen  
der Buslinie 785  
**WP 20-25 SV 61/134**
- 5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 5.1 Statusbericht Investitionsmanagement Stichtag 30.06.23  
**WP 20-25 SV 20/145**
- 5.2 Statusbericht Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.06.2023  
**WP 20-25 SV 20/144**
- 6 Anträge
- 7 Anregung nach § 24 GO NRW:  
Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen  
**WP 20-25 SV 20/133**
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 10 "Workshop" Haushalt 2024

## Eröffnung der Sitzung

---

Der Vorsitzende, Rm Herr Schlottmann, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

## Änderungen zur Tagesordnung

---

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen.

## Einwohnerfragestunde

---

Es wurden keine Fragen gestellt.

### 1 Befangenheitserklärungen

---

Befangenheitserklärungen gab es keine.

### 2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen (Stand August 2023) WP 20-25 SV 20/139

---

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den nachfolgenden Sachstand zur Beschlusskontrolle seines eigenen Gremiums ohne weitere Aussprache zur Kenntnis:

	<b>Sitzungsvorlage aus Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am</b>	<b>Beschluss/ Auftrag</b>	<b>Umsetzungsstand</b>
	WP 20-25 SV 68/028 (08.02.2023) Vermittlung eines Löschgruppenfahrzeuges an die Ukraine	Die Verwaltung wird gebeten, ein ausrangiertes Löschgruppenfahrzeug (LF10) sowie ein ausrangiertes Tanklöschfahrzeug an die Ukraine zu schenken.	<b>Stand August 2023:</b> Die beiden Fahrzeuge wurden am 23.02.2023 an die Feuerwehr Dellbrück übergeben und sind am 24.04.2023 in Lwiw (Ukraine) eingetroffen. Dort wurden die Fahrzeuge an die örtliche Feuerwehr übergeben.

Rm Herr Remih, FDP, ergriff das Wort und bemerkte, dass am Montag der Kreis der Erstellung eines entsprechenden Förderantrags zugestimmt und die Stadt Hilden laut Sitzungsvorlage des Kreises gute Voraussetzungen für die On-Demand-Verkehre habe. Er erklärte, die FDP wolle dieser Anfrage für die Kostenübernahme zustimmen um zukünftig den ÖPNV interessanter und flexibler zu gestalten.

Rm Herr Bartel, Bündnis90/Die Grünen, vertrat die Ansicht, dass es sich - im Falle einer Zustimmung - um eine langjährige Verpflichtung handele und es derzeit Dinge gäbe, die eine höhere Priorität genießen würden - beispielsweise der ÖPNV selbst. Auch mit dem Anfang nächsten Jahres zu erwartenden Mobilitätskonzept würden bereits finanzielle Belastungen auf die Stadt zukommen und bei der derzeitigen Haushaltslage solle man daher derartigen zusätzlichen Verpflichtungen nicht zustimmen.

Dem stimmte Rm Herr Gartmann, CDU, in vollem Umfang zu.

Nachdem Rm Herr Remih, FDP, sein Unverständnis zu dieser Haltung erklärte und sich nochmals für eine Zustimmung aussprach, bemerkte der Vorsitzende Rm Herr Schlottmann, CDU, dass dieses Thema bereits im Stadtentwicklungsausschuss behandelt worden sei und dort mit 19 zu 1 Stimmen abgelehnt wurde.

Sodann ließ er über den Tagesordnungspunkt alternativ abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

- a) 1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Kostenübernahmeerklärung über den Eigenanteil bei der Einführung von On-Demand-Verkehren und die damit verbundene Übermittlung eines Letter of Intent an den Kreis Mettmann auszustellen.
2. Wenn der Kreis Mettmann aufgefordert wird, einen Förderantrag zu stellen, werden die erforderlichen Haushaltsmittel für die Jahre 2025 und 2026 im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans 2024 über die Änderungsliste in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

oder

- b) Die Stadt lehnt die Ausstellung einer Kostenübernahmeerklärung über den Eigenanteil bei der Einführung von On-Demand-Verkehren an den Kreis Mettmann ab.

### Abstimmungsergebnis:

Alternative A - 1 Stimme (FDP)

und

Alternative B - 13 Stimmen (CDU(ohne Herrn Kimmel), SPD, Bündnis90/Die Grünen, AfD, BA)

---

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ der Vorsitzende über den TOP 4 alternativ abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

- c) 1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Kostenübernahmeerklärung über den Eigenanteil bei der Angebotsausweitung der Linie 785 auf Hildener Stadtgebiet und die damit verbundene Übermittlung eines Letter of Intent an den Kreis Mettmann auszustellen.
2. Wenn der Kreis Mettmann aufgefordert wird, einen Förderantrag zu stellen, werden die erforderlichen Haushaltsmittel für die Jahre 2025 und 2026 im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans 2024 über die Änderungsliste in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

oder

- d) Die Stadt lehnt die Ausstellung einer Kostenübernahmeerklärung über den Eigenanteil bei der Angebotsausweitung der Linie 785 auf Hildener Stadtgebiet an den Kreis Mettmann ab.

Abstimmungsergebnis:

Alternative A - 13 Stimmen ( CDU (ohne Herrn Kimmel), SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, BA)  
und  
Alternative B - 1 Stimme (AfD)

---

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

---

5.1 Statusbericht Investitionsmanagement Stichtag 30.06.23

---

Rm Herr Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, fragte, warum bei den investiven Auszahlungen 37,5 Mio € geplant wurden, aber erst 6,2 Mio € abgerufen worden seien. Er stellte daher die Frage an den Kämmerer, wie sich die Zahlen bis zum Jahresende entwickeln werden und wie viele Mittel in das nächste Jahr zu übertragen seien.

Kämmerer Herr Stuhlträger erwiderte darauf, dass er in der Funktion als Kämmerer natürlich nicht erfreut sei, dass die Mittel für die Investitionen nicht wie geplant abgerufen werden, als Baudezernent dagegen sei dies „normales Geschäft“, da die Maßnahmen zuerst in der Planung und Beauftragung seien und bis diese letztendlich abgerechnet werden, dauere es einige Zeit. Daher gäbe es ja nach der Haushaltssatzung die Möglichkeit, die Mittel bis zu zwei Jahre zu übertragen. Grundsätzlich sei man jedoch „im Geschäft“ und die Investitionen werden alle abgearbeitet.

Rm Frau Anfang, CDU, fragte, wann das Schulgebäude Walder Straße fertig gestellt sei. In der Sitzungsvorlage stünde bis Ende des Jahres. Es kämen bereits Anfragen der Eltern.

Darauf erwiderte Herr Stuhlträger, dass der Zeitplan noch so stehe und die Schulgebäude sollten zu den Weihnachtsferien oder mit Start des zweiten Halbjahres bezogen werden. Lediglich die Außenanlagen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt komplett fertig gestellt sein.

SB Herr Obels, BA, stellte die Frage, ob in dem geplanten/prognostizierten Budget für die Kita Holterhöfchen bereits die Außenanlagen und die Einrichtungen enthalten seien, was Herr Stuhlträger bestätigte.

Zum Neubau Oberstufenzentrum Holterhöfchen stellte Rm Frau Brandenburg, CDU, die Frage, wann mit der endgültigen Fertigstellung zu rechnen sei und worauf sich der 31.10.2023 als Prognoseende der Maßnahme beziehe. Weiterhin bemerkte sie, dass beim Bau der Kita Holterhöfchen keine Aufteilung auf die einzelnen Kostengruppen eingetragen sei und es auch hier eine Abweichung vom ursprünglichen Zeitplan gäbe. Allerdings würde sie gerne wissen, wie sich die Baukosten insgesamt berechnen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es hier eine Landesförderung gegeben habe.

Herr Stuhlträger führte dazu aus, dass beim Oberstufenzentrum Holterhöfchen der Innenhof des Atriums gemeint sei. Die Fertigstellung habe sich aufgrund eines brandschutztechnischen Problems etwas verzögert.

Hinsichtlich des Schulhofes bzw. des entsprechenden Außengeländes verwies er auf die Maßnahme „Sanierung Außenanlage Sekundarschule“, welche für die Erneuerung der Außenflächen zwischen Sekundarschule und Oberstufenzentrum geplant wurde. Eine Kostenschätzung habe ergeben, dass die Arbeiten teurer wären als ursprünglich kalkuliert und daher sei die Maßnahme als neue Investition mit neuen Kostenkalkulationen im Haushaltsentwurf 2024 enthalten und werde zeitnah im neuen Jahr ausgeschrieben und umgesetzt.

Zum Funktionsgebäude Weidenweg führte Herr Stuhlträger aus, dass sich einzelne Abnahmen verzögert hätten, das Gebäude aber zum 30.09. fertig gestellt sei. Das ganze Objekt sei bereits an die SHB übergeben und wird im Zuge des Jahresabschlusses als Kapitalerhöhung bei der SHB eingebracht. Die Aufteilung der Kostendaten würde er jedoch nachliefern.

Rm Frau Brandenburg, CDU, vergewisserte sich, dass das Gebäude Kita-Gebäude zum 01.08.2024 tatsächlich fertiggestellt und übergeben werden soll. Dies bestätigte Herr Stuhlträger, nach der derzeitigen Planung werde das Gebäude zum 01.08.2024 bezugsfertig erstellt werden.

*Im Nachgang zur Sitzung hat das Amt 26 folgende Aufteilung der Kosten für die Maßnahme Weidenweg nachgeliefert:*

Kosten- gruppen	Maßnahme gesamt			
	Gesamtansatz invest. Ausz. *	Ist gesamt bis 30.06.2023	Obligo 30.06.2023	Verfügbar
Planungskosten	280.000	250.000	30.000	0
Baukosten	2.387.000	1.884.000	295.941	207.059
Baunebenkosten	120.000	108.000	12.000	0
<b>Summe</b>	<b>2.787.000 €</b>	<b>2.242.002 €</b>	<b>337.939 €</b>	<b>207.059 €</b>

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Statusbericht zum Investitionsmanagement zum 30.06.2023 zur Kenntnis.

SB Herr Obels, BA, stellte die Frage, ob es möglich sei, bereits eine Prognose zur Ergebnisrechnung über das 2. Quartal hinaus abzugeben, inwieweit sich das Ergebnis noch verbessern werde. Weiterhin wollte er wissen, ob die außerordentlichen Erträge wie in der Prognose geplant tatsächlich anfallen werden und abschließend fragte er nach, ob es möglich sei, eine Auskunft über die Entwicklung der Gewerbesteuerzahlungen im dritten Quartal zu geben.

Herr Stuhlträger ergriff das Wort und erklärte, dass auch in diesem Jahr die konservative Gewerbesteuererschätzung übertroffen werden wird, jedoch auch ein erheblicher Betrag von über 3 Mio.€ wieder ausgezahlt werden musste, da in den Vorjahren zu hoch veranlagt wurde. Eine fundierte Prognose nach dem 3. Quartal wird allerdings erst in der nächsten Sitzung des AFB im Rahmen des Statusberichtes Haushaltsbewirtschaftung erfolgen.

Zum Thema der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen hinsichtlich der Belastung aus der Covid19-Pandemie und dem Ukrainekrieg erläuterte Herr Stuhlträger, dass zum Jahresende eine Abfrage bei den betroffenen Ämtern stattfinden werde und erst dann eine Aussage getroffen werden könne. Bis dahin werde für die Prognose der Haushaltsansatz zugrunde gelegt.

Rm Frau Anfang, CDU, bemerkte, dass bei den außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen für die Maßnahme Gärtnerhof Mittel für die neue Küche vermerkt seien. Es stelle sich ihr die Frage, ob die Küche bisher nicht eingeplant gewesen sei und warum diese so exorbitant teuer sein müsse.

Herr Stuhlträger erklärte, dass die Küche zwar von Anfang an geplant gewesen sei, jedoch bei der Planung die Fachämter davon ausgegangen seien, dass die Mittel bereits im Etat des jeweils anderen enthalten wären. Die Küche sei nicht exorbitant teuer und groß, sondern müsse für 40 Mitarbeitende ausgelegt sein, so dass sich diese in den Pausen entsprechend versorgen können.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Statusbericht zur Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.06.2023 zur Kenntnis.

## 6 Anträge

---

- |   |  |                       |
|---|--|-----------------------|
| 7 | Anregung nach § 24 GO NRW:<br>Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-<br>Verpackungen | WP 20-25 SV<br>20/133 |
|---|--|-----------------------|
- 

Rm Herr Wannhof, SPD, erklärte, dass sich die SPD-Fraktion den Ausführungen der Verwaltung anschließe und auch erst die Rechtssicherheit abwarten wolle.

Rm Herr Kimmel, CDU, sieht es im Hinblick auf die Rechtssicherheit genauso, jedoch möchte er neben dem rechtlichen Aspekt auf keinen Fall die Gastronomie in der derzeitigen Lage noch mehr belasten. Er verwies auf eine Studie, dass eine solche Steuer nicht dazu führen werde, Einwegmüll zu verhindern und somit eine Lenkungsfunction nicht wirksam sei.

Auch Rm Herr Remih, FDP, schloss sich in der Sache seinen Vorrednern an und erklärte, dass besser Anreize als Verbote geschaffen werden sollten.

Dem widersprach Rm Herr Bartel, Bündnis90/Die Grünen, und verwies z.B. auf die Pfand-Einführung, welche auch lange diskutiert wurde, es sich aber letztendlich mit der Einführung eine deutliche Verbesserung gezeigt habe. Zudem ginge es ihm nicht nur um die Verschwendung von Ressourcen, auch das Stadtbild hätte unter dem ganzen Verpackungsmüll zu leiden.

So könne die Stadt Hilden als eine der ersten Kommunen in NRW vorangehen und einen Schritt weiter sein als andere Kommunen.  
Abschließend gab er die Anregung, dass dieses Thema auch im Umweltausschuss hätte behandelt werden können.

Rm Herr Remih, FDP, ergänzte letztendlich, dass durch das Finanzministerium und das Wirtschafts- und Umweltministerium eine sogenannte Kunststoffeinwegverpackungssteuer für das nächste Jahr auf den Weg gebracht wurde. Dies sei wohl bereits relativ weit fortgeschritten. Sollte dies so kommen, wäre es im Grunde eine Doppelbesteuerung, womit ein zu schnelles „Vorpreschen“ auf kommunaler Ebene eher kontraproduktiv wäre.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ der Vorsitzende, Rm Herr Schlottmann, CDU, über den Vorschlag abstimmen.

**Antragstext für den Rat nach Vorberatung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:**

Deshalb beantrage ich hiermit die schnelle Einführung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf die Ausgabe von Speisen und Getränken in Einwegverpackungen in meiner und Ihrer Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (3 Ja-Stimmen Bündnis90/Die Grünen und 12 Nein-Stimmen CDU, SPD, FDP, AfD, BA)

---

## 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Stuhlträger gab den Hinweis, dass unmittelbar nach der letzten Ratssitzung die Kommunalaufsicht über den Ratsbeschluss zum Gesamtabschluss informiert und explizit darauf hingewiesen wurde, dass Grundlage der Bewertung die konsolidierten Bilanzen seien. Der Kreis habe umgehend die Anzeige der Maßnahme bestätigt und genehmigt.

Rm Herr Remih, FDP, bedankte sich für die schnelle Nachfrage beim Kreis.

SB Herr Obels, BA, erklärte vehement, dass diese Vorgehensweise nach der GO eindeutig so nicht gedeckt sei.

---

## 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rm Herr Kimmel, CDU, verlas folgenden Antrag:

**Antrag der CDU Fraktion Hilden Ergänzung des Statusbericht Investitionsmanagement**

*Die CDU-Fraktion Hilden beantragt, dass die Dokumentation der Investitionsmaßnahmen zukünftig erweitert wird. Gegenwärtig werden Planungs-, Bau- und Baunebenkosten aufgeschlüsselt. Zu einem detaillierten Investitionsmanagement gehören auch:*

- *die Kostenschätzung des Fachamtes*
- *das Submissionsergebnis*
- *die Höhe und Anzahl der beauftragten Nachträge*

## **Begründung:**

*In den vergangenen Jahren haben wir als politische Vertreter beobachtet, wie sich die Kosten im Bauwesen kontinuierlich verändert haben, zumeist nach oben. Wiederholt wurden Nachtragsanträge vorgelegt, die zusätzliche finanzielle Mittel erforderten, um Projekte abzuschließen.*

*Um der politischen Entscheidungsträgerschaft einen detaillierteren Überblick über die Entwicklung unserer Projekte zu verschaffen, stellt die CDU-Fraktion den Antrag, dass der bereits gute Statusbericht noch um die o.g. Aspekte erweitert wird. Dies ermöglicht es uns, den Verlauf der Projekte von ihren Anfängen bis zur endgültigen Abrechnung genauer zu analysieren.*

*Diese Variante des Investitionsmanagement-Controllings unterstützt nicht zuletzt auch die Stadtverwaltung bei zukünftigen Entscheidungsfindungen selbst, durch die Aufarbeitung des Datenmaterials.*

Herr Stuhlträger stellte die als Anlage beigefügte Präsentation vor.

Rm Herr Bartel, Bündnis90/Die Grünen, bat um Erklärung, warum im Entwurf des Haushaltsplans unterschiedliche Beträge für die Kreisumlage aufgeführt seien.

Herr Stuhlträger erklärte, dass die auf Seite 602 (Gesamtergebnishaushalt mit Einzelkonten) aufgeführten Beträge der Kreisumlage (37.310.000,00 €) und der allgemeinen Umlage an Gemeinden (3.127.870,00 €) addiert werden müssten, dann käme man auf die Summe der im Bericht aufgeführte Kreisumlage in Höhe von 40,4 Mio. €.

Rm Herr Remih, FDP, bemerkte, dass in der Planung für 2024 bereits eine Grundsteuererhöhung eingeplant sei und wies darauf hin, dass die Belastung durch die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral sein solle. Er wollte wissen, ob durch die Finanzverwaltung erste exemplarische Werte mitgeteilt worden seien, damit die Planung für 2025 angegangen werden könne und die Hebesätze, welche ja nun für 2024 geändert werden sollen, nicht noch mal angepackt werden müssen.

Herr Stuhlträger erklärte dazu, dass die Hebesätze definitiv nochmals angepasst werden müssen, dies jedoch erst in der Haushaltsplanung für das Jahr 2025 geschehe, bisher habe die Finanzverwaltung jedoch noch keine Szenarienrechnungen zur Verfügung gestellt.

Rm Frau Stroth, SPD, erklärte, dass die SPD viele Fragen habe und fragte, welche Vorgehensweise gewünscht sei.

Herr Stuhlträger bat darum, alle Fragen unter [haushalt@hilden.de](mailto:haushalt@hilden.de) oder [finanzen@hilden.de](mailto:finanzen@hilden.de) an die Verwaltung zu mailen. Die Fragen würden dann vom Amt für Finanzservice entsprechend an die Fachämter zur Beantwortung verteilt, so wie es bereits mit Fragen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen geschehen sei, welche die Fragen über das Bürgermeisterbüro eingereicht hätten. Die Antworten würden dann an alle Fraktionen weitergeleitet.

SB Herr Obels, BA, verwies auf die Ausführungen des Herrn Stuhlträger zum Thema Grundsteuer in der Ratssitzung und fragte nach, ob es möglich sei, diese Ausführungen in Tabellenform zur Verfügung zu stellen, um zu sehen, wie sich die Auswirkungen auf die einzelnen Sparten, insbesondere auf die Gewerbetreibenden, darstellen würden.

Herr Stuhlträger erwiderte, dass er bereits darauf hingewiesen habe, dass die Grundsteuererhöhung auch die Gewerbetreibenden träfe, es jedoch aufgrund der unterschiedlichen Größen (riesige Flächen bis zu Briefkastenfirmen) nur sehr schwer einschätzen lasse. Man habe versucht, anhand

von Beispielobjekten eine Spanne von/bis für den Bereich Wohnungen und Einfamilienhäusern zu ermitteln, jedoch sei dies für den Bereich der Gewerbetreibenden so nicht möglich.

Rm Herr Kimmel, CDU, bedankte sich für den von Herrn Stuhlträger gegebenen Überblick und erklärte, dass auch die CDU ihre Fragen per Mail einreichen werde.

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Rainer Schlottmann / Datum  
Vorsitzender

Andrea Förster / Datum  
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum  
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum  
Kämmerin